Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Jeden Tag neu.

Online
Nr. 592
8. Nov. 25
35. Jahrg.

Die Linke
Barnim

Mieten Notstand stoppen!

6. November: Mieterbund stellte Mietenreport vor.
6. November: Bundestag lehnte „Mietwuchergesetz“ der LINKEN ab.

Am 6. November lehnte die Regierungskoalition aus CDU und SPD im Bundestag den Antrag der LINKEN auf ein „Mietwuchergesetz“ ab. Der Gesetzentwurf sah eine Verschärfung der Regelungen gegen Mietwucher vor, die mehr Beweissicherheit schaffen und die Bußgelder erhöhen sollte.

Den Hintergrund hatte LINKEN-Chef Jan van Aken bereits mehrfach erläutert: Immer mehr Vermieter:innen bieten Wohnungen zu überhöhten Preisen an, indem sie den Wohnraum möbliert und „zum vorübergehenden Gebrauch“ vermieten. Damit ist es möglich, die Mietpreisbremse zu umgehen.

Foto: Screenshot

LINKEN-Chefin Ines Schwerdtner (2vr) rief am 7. November dazu auf, den Mieten Notstand in Deutschland zu stoppen.

Die Linke bietet seit einem Jahr auf ihrer Homepage eine Mietwucher-App an, die bisher in 16 Städten genutzt werden kann. Fast 220.000 Menschen haben sie mit Stand vom 4. November genutzt. Das Ergebnis ist schockierend: Mehr als zwei Drittel der geprüften Mieten waren illegal. Um die Abzocke zu beenden, braucht es strengere Regeln, die der Bundestag aber nun erneut abgelehnt hat.

Bereits jetzt können Behörden Bußgelder gegen Vermieter:innen verhängen, wenn die ein knappes Wohnungsangebot ausnutzen, um unangemessen hohe Mieten zu fordern. Eine Miete, die 20 Prozent über dem vergleichbaren Mietspiegel liegt, kann dafür ausreichen. Der Teufel steckt natürlich im Detail, denn für die Erstellung eines Mietspiegels sind die Städte und Gemeinden zuständig. Doch selbst wenn all das vorhanden sind, ist die Beweislage schwierig. Selbst der Bundesrat drängt seit Jahren auf eine Verschärfung der gesetzlichen Regelung. Dreimal legte er dem Bundestag einen entsprechenden Vorschlag vor. Erfolglos.

Am 6. November stellte zugleich der Deutsche Mieterbund seinen neuen Mietenreport vor. Er kristallisiert fünf grundlegende Entwicklungen heraus: Selbst in der Mittelschicht kommt es bereits zu einer extremen Überlastung durch Mietkosten. Familien stehen im Zentrum der Krise. Es gibt extreme regionale Unterschiede zum Beispiel bei der Mietquote (also: wieviel Wohnungsnutzer:innen über Eigentum verfügen oder mieten). Die ungleiche Wohnraumverteilung steigt, also einerseits sind Wohnungen unterbelegt, viele andere überbelegt, was zu beengten Wohnverhältnissen führt. Und nicht zuletzt gibt es einen enormen Sanierungsstau an Wohngebäuden.

LINKEN-Chefin Ines Schwerdtner rief deshalb am 7. November dazu auf, den Mieten Notstand zu stoppen. Co-Vorsitzender Jan van Aken gab sich kämpferisch. Er will die Menschen „vor Immobilienkonzernen schützen, die mit immer dreisteren Tricks die Mieterinnen und Mieter abzocken“. *bc*

nächste Online-Ausgabe am 9. November

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Barnimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.
Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de
Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429
Verwendungszweck: Spende OW.